



Achim Großmann

**ACHIM GROSSMANN:
Eigenheimzulage gehört auf Prüfstand**

Ursprünglich wurde die Eigenheimzulage im Jahre 1996 eingeführt, vor allem um in Anbetracht der damals angespannten Wohnungsmärkte die Wohneigentumsbildung „anzukurbeln“ und somit eine angemessene Wohnraumversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Seither haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Die Wohnungsmärkte sind – mit Ausnahme von einigen Metropolräumen – weitgehend ausgeglichen. Die gesunkenen Hypothekenzinsen und die günstigen Bau- und Objektpreise bringen eine erhebliche Entlastungswirkung mit sich, die in vielen Fällen ebenso hoch wie die Eigenheimzulage sein dürfte. Darüber hinaus wird der Weg in die eigenen vier Wände für Haushalte bis zu einem bestimmten Einkommen durch bestehende Fördermöglichkeiten der sozialen Wohnraumförderung sowie durch die Wohnungsbauprämie im Rahmen der Bausparförderung erleichtert. Außerdem unterstützt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) den Wohnungserwerb durch spezielle Programme in Form von zinsvergünstigten Darlehen.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei der Eigenheimzulage um die höchste Subventionsausgabe handelt und eine flächendeckende Förderung für ganz Deutschland nicht mehr sinnvoll ist, gehört die Eigenheimzulage in der jetzigen Form auf den Prüfstand. Die Mehrheit des Bundesrates hat zunächst ein Veto gegen das Auslaufen der Eigenheimzulage signalisiert und – trotz veränderter Rahmenbedingungen – bislang auf die Beibehaltung der Subvention in der jetzigen Form beharrt, obwohl einige CDU-geführte Länder inzwischen öffentlich Diskussionsbereitschaft signalisiert haben. Die Streichung der Eigenheimzulage wird in der politischen Diskussion von CDU und CSU auch als Gegenfinanzierung für eine große Steuerreform und die weitere Gesundheitsreform thematisiert.

Unabhängig davon bleiben wichtige Aufgaben im Bereich Wohneigentumspolitik bestehen. Ein Anliegen der Bundesregierung ist insbesondere die Unterstützung der Wohneigentumsbildung von Familien mit Kindern. Eine wichtige Rolle spielt das Wohneigentum bei der privaten Altersvorsorge. Infolge der ersparten Miete ist und bleibt das selbst genutzte Wohneigentum die von den Bürgern bevorzugte Form der privaten Alterssicherung. Vor diesem Hintergrund müssen zielgenaue, effiziente Lösungen entwickelt und eine

verbesserte Verzahnung von Wohneigentumsförderung mit der kapitalgedeckten Altersvorsorge („Riester-Rente“) angestrebt werden. Insgesamt bin ich zuversichtlich, dass es gelingen wird, die Förderung des Wohneigentums entsprechend den zukünftigen Anforderungen auszurichten und die zur Verfügung stehenden Mittel effizient einzusetzen.

Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär, zur geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage gegenüber dem Deutschen Baublatt.

**MICHAEL KNIPPER:
Eigenheimzulage kein Sonderopfer**

Die deutsche Bauindustrie steht zu ihrer Bereitschaft, auch Subventionen auf den Prüfstand zu stellen, die direkt oder indirekt den Bau begünstigen. Dabei muss es sich allerdings um echte Subventionen handeln. Ein erneutes Sonderopfer für den Bau darf es nicht geben. Dieser Beschluss des Bundestages zeigt lediglich Aktionismus.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das vorgelegte Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, in denen diese den Abbau von Vergünstigungen unter anderem auch in den Bereichen Bergbau, Landwirtschaft sowie eine Streichung der Entfernungspauschale fordern. Hier wird an der Zukunft unseres Landes gespart, denn Investitionen sichern Wachstum und Arbeitsplätze.

Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V., in einer Pressemitteilung.



Michael Knipper

**MAX SCHIERER:
Wohneigentum als vierte Säule der Altersvorsorge**

Was können Bürger mehr äußern, als dass sie ihren Wunsch nach den eigenen vier Wänden, ihren Lebensraum, gerne verwirklichen wollen? Zumal fast jeder zweite Deutsche das Eigenheim als die Anlageform ansieht, die am besten für den Vermögensaufbau geeignet ist – laut aktuellem Vermögensbarometer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Tendenz weiter steigend.

Eine Abschaffung der Eigenheimzulage ist unsozial und familienfeindlich und widerspricht der Forderung aller Parteien, die Bürger sollten in größerer Selbstverantwortung für ihre Zukunft sorgen. Deshalb verlangt die „Aktion pro Eigenheim“, das selbstgenutzte Wohneigentum als vierte Säule der Altersvorsorge anzuerkennen und endlich in die staatlich geförderte Alterssicherung einzubeziehen. Wohn-



Max Schierer

eigentum ist die ideale Ergänzung zur gesetzlichen und privaten Rente. Mietfreies Wohnen wirkt im Alter wie eine private Zusatzrente. Aus diesem Grund darf die Förderung des privaten

Anzeige

Wohneigentums nicht länger als Subvention angesehen werden, sondern muss als Investition in die Vermögensbildung und Alterssicherung anerkannt werden!

Max Schierer, Sprecher „Aktion pro Eigenheim“, Präsident Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e. V., München.

**DIRK-UWE KLAAS:
Eigenheimzulage nur noch für Familien mit Kindern**

Die völlige Abschaffung der Eigenheimzulage wäre für die Bauwirtschaft verheerend. Jedes sechste Haus würde nicht mehr gebaut, der Umsatz der Unternehmen würde um ca. 15 Prozent zurückgehen, Tausende von



Dirk-Uwe Klaas

Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft würden wegfallen. Die Alternative wäre eine gezielte Umgestaltung. Unser Verband hat dazu ein Reformmodell entwickelt: Die Eigenheimzulage

auf Haushalte mit Kindern zu beschränken. Dabei kann die Grundförderung von 1 250 Euro pro Jahr wegfallen. Stattdessen wird die Kinderzulage von jetzt 800 Euro auf 1 600 Euro je Kind verdoppelt. Damit würden Familien mit Kindern wirksam gefördert, und der Staat würde trotz dem weniger ausgeben als bisher. Die Einkommensgrenzen – derzeit brutto 70 000 Euro für Ehepaare pro Jahr und 35 000 Euro für Alleinstehende – blieben erhalten, der bürokratische Aufwand für die Neugestaltung hielte sich in engen Grenzen.

Unter dem Strich steht ein zählbarer Vorteil für alle Familien mit zwei oder mehr Kindern.

Dirk-Uwe Klaas, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Fertigung e. V., anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag im Oktober 2004.



CRÉATEUR D'AUTOMOBILES

RENAULT
Master

Wirtschaftlichkeit und moderne, drehmomentstarke Motoren – das schätzen Deutschlands Profis am Renault Master. So sehr, dass sie ihn zum KEP-Transporter des Jahres in der Kategorie bis 3,5 Tonnen* gewählt haben. www.renault.de






Was Deutschlands Handwerker bewegt.

PUBLICIS

RENAULT 

Infos: 0180/515 65 14 (0,12 EUR/Min.)

*Importwertung, s. KEP-Aktuell, 21.05.04